

# Wer eigentlich war Hölderlin?

Stimmen zur Hölderlin-Ehrung

Mit diesen Worten unterstreicht Albert... auf der 13. Tagung des ZK der... die Bedeutung der Rezeption des... Erbes für unsere sozialistische... In diesem Sinne ist für uns in... DDR das Erbe, das uns Friedrich Hölderlin hinterlassen hat, lebendiger denn... Gleichzeitigerweise zeigt sich seine Aktualität in der noch nicht beendeten... Auseinandersetzung um Hölderlins... zwischen den Literaturhistorikern... allem zwischen denen unserer... Demokratischen Republik und den... der westdeutschen Bundesrepublik... (Alexander Abusch auf dem Hölderlin-Festakt in Weimar), in der sich... der ideologischen Kampfes... Sozialismus und Imperialismus... spiegeln. Auch hier treten die... Klassenpositionen deutlich... Diese Tatsache wurde gerade in... Jahr anlässlich des 200. Geburtstages des Dichters erneut sichtbar.

Alexander Abusch eröffnete seinen Vortrag zu Ehren des 200. Geburtstages Hölderlins mit der überraschenden Frage: „Wer eigentlich war Hölderlin?“ Die Notwendigkeit und Berechtigung einer solchen Fragestellung resultiert aus der widersprüchlichen Interpretation der Hölderlinschen Werke in Vergangenheit und Gegenwart. Nach dem sein Werk sowohl in der wilhelminischen Zeit als auch während des Faschismus fehlinterpretiert und die verbösernde imperialistische Ideologie mißbraucht worden war, galt es, seinen wahren humanistischen Gehalt zu erschließen. Alexander Abusch sagt von Hölderlin: „Das Vaterländische – für ihn ist es die sich auf jakobinische Weise vollziehende gesellschaftliche Veränderung,

mit dem in hoher Dichtung reformierten Traum einer neuen schönen Menschheitsgemeinschaft. Das Vaterländische – für ihn wurde es auch sein verzweiflungsvolles Aufbegehren als Denker und Dichter gegen die Nichtbewältigung der geschichtlichen Notwendigkeiten, weil seinem Blick sich nirgendwo in den deutschen Ländern eine revolutionär formierte Kraft des Volkes darbot.“ Weiter führt Alexander Abusch aus, daß... „wie in jeder echten Dichtung... auch in der Hölderlins die dialektische Beziehung zwischen dem Historisch-Konkreten und dem Allgemein-Menschlichen... – und umgekehrt“ wirkt. Im Gegensatz dazu ist die späthürgerliche Literaturwissenschaft ständig bemüht, das Schaffen Hölderlins von historischen Zusammenhängen zu abstrahieren und jene Dialektik von Individuum und Gesellschaft zu negieren. So versucht man, das Werk Friedrich Hölderlins in das Reich der Mystik und Finsternis zu projizieren, dem revolutionären Geist und Gesellschaftskritik sind früher wie heute den herrschenden Kreisen unwillkommen. Der politische Aspekt des Hölderlin-Werkes bleibt unberücksichtigt, der Bezug zur Französischen Revolution, die das Schlüsselereignis zum Verständnis der dichterischen Position überhaupt darstellt, wird kaum erwähnt, und seine damit verbundene philosophische und ästhetische Grundhaltung wird teilweise einfach falsch ausgelegt.

1968, zum 125. Todestag des Dichters, entspann sich ein aufsehenerregender Disput zwischen dem französischen Hölderlin-Forscher Professor Pierre Bertaux und Literaturwissenschaftlern Westdeutschlands. Professor Bertaux wies in seinem Vortrag nach, welche tiefgreifende Ereignis für Hölderlin die Französische Revolution, das Jakobinerium gewesen ist und welchen Einfluß es auf dessen gesamte Dichtung genommen hat.

Zum ersten Mal zeigte ein bürgerlicher Literaturwissenschaftler, mit wieviel Intensität und in welcher hohem Maße Hölderlin am revolutionären Geschehen seiner Zeit teilnahm. Der Dichter wurde seines mystischen Dunkels entkleidet und die Zeitbezüge seiner Dichtung konnten sichtbar gemacht werden.

Pierre Bertaux hatte seinen Vortrag mit der Feststellung begonnen: „Dem deutschen Hölderlin-Bild, das in lieblicher Bläue blüht, fehlt eine Farbe: das Rot. Als ob die deutsche Forschung rotblind wäre; oder vielleicht rotscheu.“ Leider vergaß der französische Germanist zu präzisieren, Nicht die deutsche Forschung schlechtin, wohl aber die westdeutsche ist rotblind.

Diese Interpretation mußte notwendigerweise auf heftigen Widerstand von Seiten der westdeutschen Teilnehmer stoßen. Daß Hölderlin Revolutionär war, daß er in Verbindung stand mit den progressivsten Köpfen seiner Zeit und daß er als Republikaner gilt, konnte man nicht von der Hand weisen. Der Protest richtete sich deshalb auch auf einen anderen Aspekt der Interpretation. Hölderlin sei nie für die Revolution in ihrem vollen Umfang gewesen, nicht, wie es heißt, für „gewalt-

samen Umsturz und Bildersturm“, sondern er glaubte „an eine künftige Revolution der Gesinnungen und Vorstellungsarten, die alles Bisherige stummrot machen.“

Friedrich Hölderlin hat nicht nur als Dichter sich für die revolutionären Umwälzungen seines Vaterlandes eingesetzt, sondern zusammen mit seinen homburger Freunden erlebte er aus unmittelbarer Nähe die Vorbereitungen auf eine Revolution in Süddeutschland; er teilte deren Begeisterung, Mißerfolg und Enttäuschung. Seine politischen Ansichten, die während der ersten Jahre der Französischen Revolution in Tübingen 1793/94 gereift waren, hat der Dichter im Gegensatz zu anderen Zeitgenossen nie grundlegend geändert. Auch in seinem Spätwerk, bei zunehmender geistiger Umnachtung, ist ihr Niederschlag wahrnehmbar. Als Beweis dafür, daß Hölderlin nicht nur „singend“ dabeigewesen ist „auf der Seite der Revolution“, kann auch die Stelle aus einem Brief vom 1. 1. 1799 an den Bruder dienen, an der es heißt: „Wenn das Reich der Finsternis mit Gewalt einbrechen will, so werden wir die Feder unter den Tisch und gehen in Gottes Namen dahin, wo die Not am größten ist und wir am nötigsten sind.“

In den meisten Beiträgen der westdeutschen Presse zur diesjährigen Hölderlin-Ehrung versucht man erneut, diesen Aspekt zu revidieren oder einfach zu übersehen. So gesteht man Hölderlin in der sozialdemokratischen Zeitung „Vorwärts“ zwar ein gewisses Verhältnis zur Französischen Revolution zu, begründet jedoch seine dichterische Größe mit Einflüssen ganz privater Natur. Hölderlins Liebe zu Susette Gontard sei der entscheidende Faktor für seine dichterische Meisterschaft gewesen. Auf diese Weise wird dem Künstler jegliche tiefere Einsicht in die Probleme seiner Zeit abgesprochen. Die Kritik, die Hölderlin im „Hyperion“ über sei eine Kritik am spezifischen Charakter der Deutschen, so stellt der Autor fest.

Eine ausführliche Auseinandersetzung mit Hölderlins Werk stellt ein Artikel in der Zeitung „Christ und Welt“ dar. Der Versuch, das Weltbild des Dichters herauszuarbeiten, muß jedoch schon an der Tatsache scheitern, daß der Verfasser des Artikels eine christliche Weltanschauung

bei Hölderlin voraussetzt. Seine Gesellschaftskritik wird auch hier nicht erkannt, und die mystischen Züge seines Werkes bedeuten für den Autor eine Flucht vor dem „trockenen Wissen der Zeit“, vor „leeren Namen“ und vor „kalter Poesie“.

Das aus dieser Misere der westdeutschen Literaturkritik herausragende Ereignis zur Hölderlin-Ehrung war die Rede Martin Walser auf der Jahrestagung der Hölderlin-Gesellschaft in Stuttgart. Ihr Thema lautete: „Hölderlin zu entsprechen. Von der schweren Vermittlerrolle eines Dichters“. Martin Walser stellt in seinem Festvortrag dar, wie das „unstable, immer gefährdetere... Ich des Dichters“ nicht bei sich selbst stehenblieb. Es ging Hölderlin vielmehr um die Vermittlerrolle des Dichters. An diesem „Arbeiterprogramm“ mußte er scheitern, da es für ihn im damaligen Deutschland keine Möglichkeiten für seine Verwirklichung gab. Der Dichter wird bei Walser als Autor gesehen, der „die Welt als Prozeß sieht und den Widerspruch nicht nur denkt, sondern auch lebt“, sich um eine „produktive Dialektik“ bemüht. Aus diesem Verhalten die Konsequenz zu ziehen, Hölderlin zu entsprechen und seine Wirkung nicht auf schöne Literaturgeschichte beschränkt zu lassen, schließt für Walser die Forderung ein, bei der Kritik an der spätbürgerlichen Gesellschaft in Westdeutschland „der Systemimmanenten“ zu erörtern und als politische Alternative den Sozialismus auf deutschem Boden, die DDR zu erkennen. Hier wird sichtbar, welche große Bedeutung das Erbe Friedrich Hölderlins auch für den Kampf der demokratischen Kräfte in Westdeutschland gewinnen kann, wenn sein revolutionärer Gehalt entgegen allen reaktionären Mißdeutungen als verpflichtende Tradition begriffen wird. Von entscheidender Bedeutung für diesen Erkenntnisprozeß ist, daß der zu Lebzeiten und noch lange Zeit nach seinem Tode heimatische Dichter in der DDR eine Heimat gefunden hat und endlich eine wahrhaftige Würdigung seines Werkes erfährt.

Monica Kampmeier,  
Christiane Baribel,  
Deutsch/Russisch Erwachsenenbildung,  
3. Studienjahr

# „Der Meister ist für alle da“

Konvergenz in westdeutscher Beethovenerung

Der Meister ist für alle da“, so schreibt es der „Spiegel“ und so wollen es die Ideologen der westdeutschen Großbourgeoisie und Vertreter großer Monopole auf kulturellem Gebiet. Das hier erbaute „Spiegel“-Zitat läßt es angebracht erscheinen, einige Aspekte des Klassenkampfes bei der westdeutschen Beethovenerung zum 200. Geburtstag des Komponisten darzulegen.

Der hier zitierte Teil eines Satzes aus dem „Spiegel“, auf den wir noch näher eingehen werden, läßt hier die Konvergenz als Ausdruck des Klassenkampfes sichtbar werden. Wir erinnern uns nur zu dem an die sogenannten 29 Punkte, mit denen Bundeskanzler Brandt in Erfurt und

„Der Meister ist für alle da“, so schreibt es der „Spiegel“ und so wollen es die Ideologen der westdeutschen Großbourgeoisie und Vertreter großer Monopole auf kulturellem Gebiet. Das hier erbaute „Spiegel“-Zitat läßt es angebracht erscheinen, einige Aspekte des Klassenkampfes bei der westdeutschen Beethovenerung zum 200. Geburtstag des Komponisten darzulegen.

Der hier zitierte Teil eines Satzes aus dem „Spiegel“, auf den wir noch näher eingehen werden, läßt hier die Konvergenz als Ausdruck des Klassenkampfes sichtbar werden. Wir erinnern uns nur zu dem an die sogenannten 29 Punkte, mit denen Bundeskanzler Brandt in Erfurt und

Hierzu wollen wir nochmals auf den eingangs zitierten „Spiegel“-Artikel zurückkommen. Es wird nämlich erörtert, für wen der „Meister“ da sein soll. Er ist da „Für Ost und West, für Manager und Wissenschaftler, für Film- und Plattenmacher“. Sind sie nicht wieder da, diese „innerdeutschen Beziehungen“?

Die Argumentation wird weitergeführt, und dazu muß die Schallplattenproduktion herhalten, denn da hat man auch etwas Wichtiges entdeckt. „Im Beethovenjubiläumsumrummel gibt es keine Gegensätze“. Auf den „Rummel“ kommen wir noch zurück. Es wird angeführt, daß die westdeutsche Grammophongesellschaft eine Ausgabe der Beethovenwerke mit 75 Langspielplatten herausbringt und: „Auch der VEB Deutsche Schallplatten hat bis zum Jahresende ein Plattensoll von 80 Beethoven-Langspielplatten zu erfüllen“. So einfach soll es sein – „keine Gegensätze“, 75 und 80 Schallplatten. Daß diese westdeutsche Werkausgabe mit ihren 75 Platten durchaus dem Beethovenbild der dort herrschenden Klasse dient, das kann man nur erkennen, wenn man etwas hinter die Erscheinungen schaut. Man muß sich doch

fragen, welche Kriterien liegen dieser westdeutschen Schallplattenausgabe zu Grunde? Sie bringt fast nur Standardwerke. Ein solches Werk wie die „Schlachtensinfonie“, in dem Beethoven auch politisch-patriotische Gefühle zum Ausdruck bringt, fehlt in der Ausgabe beigefügten Erläuterungen werden die Werke Beethovens nur akademisch abgehandelt. Mit unserer Ausgabe wird erstmalig das Gesamtwerk des Komponisten erschlossen. Die Ausgabe trägt mit den Einführungen zu einer breiten ästhetischen Massenerziehung auf musikalischem Gebiet bei. Mit unserer Ausgabe leisten wir kulturpolitische Arbeit im Sinne der Arbeiterklasse.

Die hier zitierte Schallplattenproduktion soll noch einen anderen Aspekt westdeutscher Beethovenerung veranschaulichen.

Politischer Klassenkampf im Bereich der Kultur wird auch durch ökonomische Seiten ergänzt. Die Monopole unterstützen die kulturelle Zielstellung vor allem, wenn sie dadurch ihre Profite realisieren können. Mit „Beethovenrummel“ ist dieses Profitstreben wohl treffend charakterisiert. Die westdeutsche Grammophongesellschaft wird mit ihrer Beethovenausgabe durchaus Profit machen. Das allein reicht aber nicht aus. Die marxistische Feststellung, daß Kunst im Kapitalismus zur Ware wird, ist zwar hiermit schon schon bestätigt, aber noch so an einem weiteren Beispiel gezeigt werden. Die Schallplatten brauchen noch einen größeren Massenumsatz. Die Manipulationsmöglichkeiten werden genutzt, um auch mit Beethoven breite Schichten der westdeutschen Bevölkerung für die Ziele der herrschenden Klasse reif zu machen. Hier wird das Mittel der Ablenkung als Form des Klassenkampfes

ausgenutzt. Da bedient man sich der massenwirksamen „Masche“ des Schlagers, nämlich der sentimentalischen Welle.

Ihr ist inzwischen auch der Schlußchor der 9. Sinfonie zum Opfer gefallen. Wenn das nicht schmeckt, für den hat man pseudovanguardistische Musik zur Hand. Auch hier wird man Käufer finden, die sich einer Produktion der Bestgruppe „The Beethovens“ hingeben, die die 5. Sinfonie des Komponisten verschanden wollen. Neben der Schallplattenindustrie werden sich auch Verlage, Film und Rundfunkanstalten in den „Rummel“ einschalten, soweit es die Klasseninteressen und das Geschäft erfordern.

Genug der Beispiele. Es ist wohl klar geworden, was von solchen „gesamtdeutschen Beethovenerungen“ zu halten ist. Die Beethovenpflege in unserer Republik ist ein Bestandteil der kontinuierlichen Kulturpolitik unseres Arbeiter- und Bauern-Staates, einer Kulturpolitik, die auf dem marxistisch-leninistischen Prinzip der kritischen Aneignung des kulturellen Erbes beruht. Bei uns gibt es keinen „Rummel“. Im Jubiläumjahr wenden wir uns Beethoven natürlich besonders zu. In allen Schichten unserer Bevölkerung beschäftigt man sich mit dem Werk des großen Komponisten. Nicht nur um das Hören, das besser Kennenlernen geht es. Ensembles unserer Volkskunstbewegung und auch die unserer Universität erschließen das Werk noch besser, indem sie selbst entsprechend ihren Möglichkeiten Beethovens Werke musizieren. Und auch über das Beethovenjahr hinaus sind seine Werke Bestandteil unserer Konzert- und Rundfunkprogramme, denn seine Werke helfen uns bei der Herausbildung unserer sozialistischen Menschheitsgemeinschaft.

Gerhard Mathow

1950 beim Urteil über das KPD-Verbot festgestellt. Nach dem KPD-Urteil des Bundesverfassungsgerichtes führe bereits die interne Mitgliederschulung in der grundsätzlichen programmatischen Lehre und in den Zielen des Marxismus-Leninismus zur Beeinträchtigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Diese Kriterien träfen auf die meisten der „Roten Zellen“ zu.“

Das bedeutet: Die mahnenden Stimmen, die immer wieder darauf hinweisen, daß das KPD-Verbot eine Handhabe gegen alle Demokraten liefert, bekommen wieder einmal recht.

**Unzureichender Unterricht**

Hamburgs Gymnasialisten erhalten nur einen völlig unzureichenden Chemie- und Physik-Unterricht. Von den vorgesehenen ohnehin nur zwei Wochenstunden in diesen Fächern muß ein großer Teil ausfallen, weil nicht genügend Lehrer zur Verfügung stehen. Dazu kommt eine völlig unzureichende Ausstattung mit Lehr- und Lernmitteln für diese Fächer.

## Schulgeld an staatlichen Schulen eingeführt

Für alle staatlichen Mittel- und Oberschulen Brasiliens muß von jetzt an ein monatliches Schulgeld gezahlt werden. Das ist ein äußerst harter Schlag für die bereits durch die ständig steigenden Lebenshaltungskosten benachteiligten Arbeiter und Bauern des Landes. Mit dem reaktionären Militärputsch im Jahre 1964 begann ein Niedergang des ohnehin noch völlig unentwickelten, mangelhaften und zerplitterten Bildungs- und Erziehungswesens in Brasilien. Nach der neuen Verfassung ist der Unterricht, der in den staatlichen Mittel- und Oberschulen erteilt wird, nunmehr gebührenpflichtig. Mittellose Schüler können zwar einen Antrag auf einen Schulgeldkredit stellen, dieser Kredit muß jedoch nach Abschluß der Schule mit Zinsen an den Staat zurückgezahlt werden. Kann ein solcher Kredit – beispielsweise wegen Arbeitslosigkeit – nicht zurückgezahlt werden, so werden relativ hohe Strafen verhängt.

Da für die staatlich gelenkte Bildung immer weniger ausgegeben wird, ist ein zunehmender Reprivatisierungsprozeß im Schulwesen zu verzeichnen. Über die Hälfte aller Mittel- und Oberschulen Brasiliens sind bereits in Privatband. In Rio de Janeiro trifft das sogar auf 73 Prozent solcher Schulen zu, die zudem immer höhere Schulgelder fordern. Der Staat übernimmt nichts dagegen, ja, er fördert diese Entwicklung sogar noch. Die Privatschulen werden zumeist von der Kirche und anderen Organisationen sowie von geschäftstüchtigen Lehrern betrieben. Nach dem reaktionären Umsturz wurden 1965 aus dem Staatshaushalt nur 11 Prozent für Unterricht und Erziehung verwandt. Diese Mittel wurden immer drastischer gekürzt und betragen 1968 gar nur 7,7 Prozent. Gegenwärtig dürfte die Summe der staatlichen Bildungsmittel noch weit niedriger liegen.

## An USA-Universitäten steigen Kosten



Das neue Studienjahr brachte in den USA an allen höheren Lehranstalten erneute Steigerungen für Schulgeld und diverse Studiengebühren. Auch die Aufwendungen für Wohnung und Verpflegung steigen mit schwindelerregender Geschwindigkeit überall im Land.

Die amerikanische Zeitung „US News and World Report“ stellte fest, daß eine Erhöhung der Gesamtkosten von 400 US-Dollars für dieses Studienjahr an den großen Universitäten keineswegs ungewöhnlich ist. Im Schnitt müssen die Eltern, wenn sie den Sohn oder die Tochter an einer Universität ausbilden lassen wollen, jährlich mindestens 4000 Dollar aufbringen. Hinzu kommen noch die Ausgaben für Bücher, Kleidung und Fahrgelder.

Warum sind die Kosten so hoch und warum müssen die Studenten damit rechnen, daß die durchschnittliche Erhöhung ihrer Ausgaben je Jahr etwa 15 bis 20 Prozent betragen?

Die Universitätsbehörden klagen über Inflation, steigende Unterrichts- und allgemeine Kosten, höhere Ausgaben für Baumarbeiten, erhöhte Gehälter des Lehrkörpers und teurere Einrichtungen.

Aber die Kosten der höheren Lehranstalten steigen viel rascher als die Gesamt-Lebenshaltungskosten unter der Nixon-Administration, eine Tatsache, die Ursachen haben muß.

Die Hauptbeschäftigung des Präsidenten, die Ausdehnung des Krieges in Indochina und sein Anfang Februar ausgesprochenes berechtigtes Veto gegen die Gesetzesvorlage des Repräsentantenhauses über die Bewilligung von speziellen Programmen zur Förderung des Gesundheits- und Bildungswesens und zur Bekämpfung der Armut deuten an, auf welchen Platz er die Bildung unter den „nationalen Prioritäten“ zu verweisen beabsichtigt.

Während die USA enorme Beträge für den Krieg in Vietnam, Kambodscha und Laos, für die Hilfe für reaktionäre Regierungen und die Entwicklung von hochentwickelten Waffen und so weiter ausgeben, müssen die Studenten und ihre Eltern einen immer größeren Anteil der Gesamtkosten der Bildung an öffentlichen Institutionen bezahlen.

## Konzentrierter Geldeinsatz zum Nutzen der Monopole

Eigene Bildungs- und Forschungspolitik betonen ist Anliegen der „Volkswagenstiftung“. Bekannteste diese von den Volkswagenwerk ausgehaltene Stiftung in ihrem jetzt veröffentlichten Jahresbericht 1969. Forschungspolitik im Zeitalter der wissenschaftlich-technischen Revolution ist nichts Ungewöhnliches. Aber was haben diese Industriellen mit der Bildungspolitik zu tun, die ja laut westdeutschem Grundgesetz in das Ressort der Länderregierung fällt? Aus uneigennütigen Zwecken läßt diese Stiftung nicht einige Millionen zum Wohle der an finanziellen Mitteln wohl nicht reich genugsten Bildungseinrichtungen fließen. Ein Satz ihres Berichtes läßt die Beweggründe schließen: Sie regt von sich aus Projekte an und verteilt das Geld nicht nach dem Gießkannenprinzip!

## „Grundgesetzwidrig“

Die „Roten Zellen“ an den Westberliner Universitäten und Hochschulen sind nach dem Bericht des Westberliner Senats grundgesetzwidrig, und deshalb muß ihr Verbot im Wege gefaßt werden. Interessant ist die Begründung dieser Entscheidung: „Sowohl das Bestreben für die proletarische Revolution als auch für die Diktatur des Proletariats sei grundsätzlich mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes unvereinbar. Das habe das Bundesverfassungsgericht